

Halleische Zeitung.

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 522.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Zweite Ausgabe

Wangengebühren für Halle und Magdeburg 2.50 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Halleische Zeitung erscheint wöchentlich fünfmal. Preis für ein Jahr 24 Mk. für den Postweg 26 Mk. (Postanweisung). An Unterabteilungen (Sonntagsblätter), Samstagsausgaben, etc. (Postanweisung) 25 Mk. für ein Jahr 27 Mk. für den Postweg 29 Mk.

Wangengebühren für die Reichsgeldstellen (Postgebühren) über deren Stamm für Halle und den Centralort 20 Mk., außerdem 20 Mk. Bestellen aus dem Reich der Reichsgeldstellen für die Halle 100 Mk. Krugelgenossenschaft bei den Postämtern in Halle a. S. und bei allen bekannten Kassenangehörigen.

Befähigungsbüro in Halle a. S.: Berliner Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Nebelkammergebühren 1872. Schriftleiter: Dr. Walter Gehlen in Halle a. S.

Sonntag, 5. November 1911.

Befähigungsbüro in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon 101 VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Das Marokko- und Kongo-Abkommen.

Das Wolffsche Telegrammbureau meldet aus Berlin, den 4. November: Heute nachmittags 5 Uhr fand im auswärtigen Amt die Unterzeichnung des Marokko- und Kongoabkommens statt. Das für die französische Regierung bestimmte Vertragsformular wird heute abend nach Paris abgehen. Nach seinem Eintreffen belächelt werden die beiden Regierungen die gleichzeitige Veröffentlichung veranlassen.

Der Reichskanzler empfing Sonnabend abend nach der Unterzeichnung des deutsch-französischen Marokko-Abkommens den französischen Botschafter Cambon.

Den bereits in der letzten Nummer veröffentlichten telegraphischen Meldungen über die französischen Freisprechungen zum Abschluss des Abkommens über Marokko und das Kongo sind nun folgende nach den Mitteilungen des Wolffschen Telegrammbureaus hinzugefügt: Im allgemeinen gelang die Begutachtung darüber zum Abschluss, daß die langwierigen Verhandlungen endlich abgeschlossen sind.

„Clair“ schreibt: Das französische Publikum wird mit Verdringung erfahren, daß das Abkommen nunmehr unterzeichnet worden ist. Darauf wird sich aber zweifellos die ganze Welt freuen. Bekanntlich sind die Verhandlungen mit dem Kaiserreich über die Bedeutung des Abkommens für den Frieden beendigt.

„Appel“ führt aus: Wir sind vor allem darüber glücklich, daß die marokkanische Angelegenheit, die so lange einen Stein zu entsetzen lieg, zwischen beiden großen Völkern den Weg zu einer friedlichen Regelung gefunden hat. Der Kaiser hat für ein fruchtbares und dauerndes Einverständnis gebilligt.

„Gauts“ schreibt in der „Gumant“: Das Beste an dem Vertrag ist, daß er zum mindesten auf einige Zeit der französisch-deutschen Spannung ein Ende macht. Er ist überhaupt nur eines wert, wenn er die Einleitung zu einer dauernden, stetigen Politik der Befriedung, des Einverständnisses und der Herzlichkeit zwischen Frankreich und Deutschland darstellt.

Die Regierung nachstehenden Wähler erklären, daß der Vertrag für Frankreich vorteilhaft sei und daß man den französischen Staatsmännern, die ihn unter so erschwerten Bedingungen abgeschlossen haben, Dank schulde. Andere Wähler kritisieren das Abkommen scharf, so „Solci“, der ausführt: Wir erhalten den Schatten, die anderen die Beute.

Über das Abkommen selbst schreibt „Clair“: Wir müssen geteilt haben, daß wir das Opfer, welches wir dem Weltfrieden gebracht haben, nur sehr schwer verkauen werden. Deshalb hat uns durch seine Vollziehung von 1904 jetzt gebracht, daß wir mit einem Marokko ohne Mustafa und Kongo noch aufleben sein müssen. Wir haben die Haut, Deutschland behält sich das beste Stück vor, und der Welt gehört Europa. Aber es besteht Deutschland nunmehr den notwendigen Kampf in seiner Hand, um die Zukunft seines Imperiums zu sichern. Mit zwei Redaktionen ist Deutschland eine Macht ersten Ranges in Afrika geworden dank jenen „Einigkeiten“, deren Bedeutung die französische Regierung zu überschätzen sucht. Wir haben da einen Haß gegen uns selber verurteilt.

„Welt“ schreibt: Die Franzosen erwidern in dem Abkommen nur ein Verstecktes. Ihre Marokko- und Kongo-Abkommen sind zwar nicht mehr durch die internationalen Schwierigkeiten der letzten Jahre beeinträchtigt, aber wir sind durchaus nicht sicher, daß wir doch nicht auf internationalen Gebiet ernstliche Verdrängungen mit Deutschland haben werden. Auch die Schicksalsbestimmungen am Kongo dürften zukünftig eine wichtige Rolle spielen zwischen Deutschland und Frankreich, während Deutschland, so meint das Blatt, bedeutet nur soviel an Wert und Dauer, als die Nation, die mit Berlin verhandelt, ihre Kräfte erhält und verneht. — Reichlich äußert sich das nationalistische „Echo de Paris“.

„Die Wiener“ schreibt: Die große Bedeutung des Marokkoabkommens liegt in der Tatsache, daß Deutschland und Frankreich trotz aller störenden Einflüsse über eine der schwierigsten Fragen zu einigen vermochten. Österreich-Ungarn kann mit dem Ergebnis zufrieden sein. Jede Tatsache, die ein ruhiges Zusammenleben zwischen Deutschland und Frankreich ermöglicht, wird in Österreich-Ungarn mit Vergnügen aufgenommen.

Schließlich schreibt die englische „Welt“ in der „Gazette“: Das Ergebnis des Abchlusses über das Marokko-Kongo-Abkommen geriet beiden Teilen zur Ehre, besonders v. Biberstein-Waldner und Cambon, die ihr Bestes taten, um ein befriedigendes Resultat zu erzielen. Die Schwierigkeiten der Kaiser, der Reichskanzler und der Staatssekretär zu kämpfen hatten. Das Blatt betont, daß die englische Regierung alles getan habe, um Frankreich zu einer liberalen Konzeption zu ermuntern, vorausgesetzt, daß es wirklich freie Hand in Marokko erhalte, und daß die englische Regierung es auf das sorgfältigste vermeiden habe, Fragen englischer Interessen zu erheben, die die Verhandlungen erschweren könnten.

Ausgang im Ausland.

So unendlich wie der Reueungsdrummel mit der liberalen Ablogation bei uns verknüpft ist, so gehört in Amerika die Stimmungsmache gegen die Frust zum

eisernen Bestand jeder Präsidentschaftskampagne. Die Bekämpfung der Frusts war stets ein billiges Mittel zur Erlangung politischer Popularität und wurde daher von allen Kandidaten auf den Präsidentschaftsverfahren, aber bisher von keinem gehalten, auch von Roosevelt nicht. Letzterer verstand es nur besser wie sein Nachfolger Taft, in dramatischer Rolle und geräuschvoller Rhetorik seine „Landeskinder“ für sich und seine Ideen einzunehmen. Denn trotz aller reifenhaften Versprechungen hat er den Frusts wenig anhaben können, oder — wollen. Im Gegensatz zu dieser wenig auch wenig eifriger, so doch geläufigen Politik hat Präsident Taft niemals die Meinung vertreten, seine Politik den Forderungen der „Guten bei der Masse, der seine tiefe Feindlichkeit nicht beugt, im Frusts ist. Klappern gehört nun einmal zu — liberaler Politik.

Wenn man der Aufrichtigkeit nachgebender englischer Wählerstimmen vertrauen darf, dann scheint der Wechsel im englischen Ministerium und die Berufung Winston Churchills tatsächlich als eine Willensänderung der englischen Regierung zu bewerten sein, mit Deutschland endlich eine dauernde Verständigung herbeizuführen. Churchill ist in der Tat auch der Mann, der — neben seiner Energie, Frigidität und Gabe, die ihn befähigt, die Leistungen der ganzen Verwaltung zu steigern, große Einschränkungen durchzusetzen, Geist und Vertrauen dem Dienst einzuführen, und Frusts zu vermeiden — infamde ist. Sir Edward Grey maßgebend zu beeinflussen. Auch nach unserer Auffassung ist es Zeit, daß die englische Politik endlich der konservativen Parteien und fürchten Entstellungen müde wird, dann wird auch schnell mit der außerordentlichen Unwissenheit und mit den Vorurteilen der anderen Kreise aufgeräumt werden. Eine Union mit Deutschland ist für England von jedem Gesichtspunkte aus von größtem Interesse und jedenfalls vorkablenbedingender als ein Umzingelungssystem mit einer Abgabenerhebung für Millionen von 12 Millionen in drei Jahren.

Der geäußert in der Presse beherrschende Pulverfandall in Frankreich hat nun auch die „Ergebenen“ etwas flehtaus gemacht. Der Gedanke an einen Krieg erweist sich etwas Gruseln. Die Wollen sind, abgesehen von den neu-nationalistischen Wankeln, keineswegs so kriegerisch, wie es die Chamberlains gern hinstellen möchten. Sind doch im Juli, als die Sommerliche Gebehrten in Form blühender Rindfleisch an der Grenze aufstehen ließ, dieselben 23 erbitterte Franzosen fahnenförmig geworden und 135 zum Dienst einberufenen dabei „bei Müttern“ geblieben. Das demokratische Regiment wird auch mit diesen anglistischen Gestalten allmählich verfahren müssen, sonst würde die Unterdrückung nach der Möglichkeit solcher Verformungen Bilder zutage fördern, die Frankreich, seine Verwaltungsmänner und Vormannschaftswirtschaft dem Gehörs aller Welt preisgeben würde.

Der preussische Landwirtschaftsminister und der Frust.

Ein typisches Beispiel für die Art und Weise, wie auf freistimmiger Seite der politische Kampf geführt wird, bietet die Behandlung, die man im freistimmigen Lager dem preussischen Landwirtschaftsminister als seiner statistischen Darlegungen in der jüngsten Reueungsdebatte im Reichstagsangelegenheit. Der Abg. P a d n i c e hat den Auftakt dazu in seiner Reichstagsrede geliefert. Er glaubte, den Minister der „Geiterzeit“ der Handelswelt überliefern zu können, weil er angeblich in seiner Gegenüberstellung der Kartoffelpreise in Berlin und in Pommern für Pommern mit Zentnern, für Berlin mit Doppelzentnern gerechnet habe, und sprach von einem „höchstseltsamen statistischen Scherker“, den der Minister sich habe aufschneiden kommen lassen. Dem gleichen Vorwurf erhob er gegen Freibrern von Schorlemmer wegen seiner Darlegungen über die ansehnlichste große Spannung zwischen Groß- und Kleinhandelspreisen bei den Schweinen, die nach den Notierungen in den Berliner statistischen Marktstellen in diesem Jahre auf nicht weniger als 5 Mk. für den Doppelzentner gestiegen ist. Der liberale Abgeordnete und Schlichtermeister P o b e l t unterließ in seiner späteren Rede diesen Vorwurf noch durch eine in die Adresse des Landwirtschaftsministers gerichtete Grobheit, indem er unter dem Veil seiner politischen Freunde — wenigstens dem Sinn nach — dem Minister riet, nicht über Dinge zu reden, die er nicht verstehe. Der Abg. Dr. W a d n i c e hatte schon vorher die laute Heiterkeit der Rinken des Reichstags auf seiner Seite gehabt, als er mit Bezug auf die Angaben des Ministers über die Schweinefleischpreise, die gemäß den Berliner Notierungen für die Hauptfleischsorten „aus dem Kopf und Weine“ aufgestellt waren, Freibrern von Schorlemmer fragte, ob er denn glaube, daß die Schweine

Auf diese „grundlegenden“ freistimmigen Ausführungen hat seither die linksliberale und sozialdemokratische Presse systematisch wiederholte Angriffe gegen den preussischen Landwirtschaftsminister aufgebracht. Das „Berliner Tage-

blatt“ wurde nicht müde, bei jeder Erwähnung des Freiherrn von Schorlemmer auf ihn hinzuweisen als den Mann, der „noch immer nicht“ seine „falschen und verheerenden Angaben“ über die Kartoffel- und Schweinefleischpreise richtig gestellt habe. Und das, obwohl der Minister schon in jenen Reichstagsverhandlungen den bündigen Nachweis für die Richtigkeit seiner Angaben erbracht und dem Abg. Dr. W a d n i c e gezeigt hatte, daß gerade er (Wadnische) bezüglich der Kartoffelpreise den „Schwinger“ begangen habe. Notierungen des Großhandels mit den Preisen des Detailhandels, von denen der Minister allein gebrochen hatte, zu verwechseln. Die freistimmige und die sozialdemokratische Presse liegen sich auch durch einen Hinweis darauf nicht im mindesten anstecken. Im Gegenteil. Sie erweiterten die Angriffe auf den preussischen Landwirtschaftsminister zu einem Angriff auf die gesamte Reichsregierung und natürlich auch auf die „Agrarier“, die mit einer Bewußten und beabsichtigten Freileitung der öffentlichen Meinung arbeiten.

Jetzt hat sich der preussische Landwirtschaftsminister der Mühe unterzogen, nochmals an Hand unumstößlichen Materials die Unanfechtbarkeit seiner statistischen Angaben darzulegen und zu erklären. Wir fürchten, er wird auch damit beim „Berliner Tageblatt“ und der übrigen freistimmigen Presse, gar nicht zu reden von den sozialdemokratischen Blättern, seinen Erfolg erzielen. Wann hätte je diese Presse einen — sagen wir vorzüglich — „Jrrtum“ eingestanden, der ihr in den R a m p a t e? Diese freistimmige Kampfmethode ist der linksliberalen Presse schon in Paris und Wien übergegangen, und wo es sich gar um die Bekämpfung der Agrarier handelt, ist bei ihr an Ehrlichkeit überhaupt nicht zu denken. Für die freistimmige Presse wird der preussische Landwirtschaftsminister nach wie vor der „Mann mit den falschen statistischen Fiffern“ bleiben. Er wird sich ja darüber zu trösten wissen.

Ein russisches Urteil über die Kriegsbereitschaft Frankreichs.

In dem Septemberheft der russischen Zeitschrift „Russischer Gehants“, welche der frühere Vize-Minister und spätere literarische Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“, herausgibt, findet sich ein sehr interessanter Brief eines russischen Korrespondenten über die französische Krone. Vorabemerkt ist, daß Peter Straube ein eifriger Anhänger der englandfreundlichen Politik Rasolski war und in einem aufsehenerregenden Artikel „Groß-Rußland“ seinerzeit ein Programm aufgestellt hatte, das ein Chauvinismus den Vätern der alten Russen in nichts zurückstünde. So enthält auch die Einleitung des Briefes Ausfälle gegen das „alle Welt bedrohende kriegslustige Deutschland“, besonders aber gegen sein brutales Vorgehen gegen Frankreich.

Sei Frankreich nun zum Kriege mit Deutschland bereit oder nicht? Diese Frage erregte die öffentliche Meinung Frankreichs. Giechlich ist diese Frage schon längst im vornehmen den Sinne entschieden. Solche Eingekündigte wurde auch niemals öffentlich, weil dies befehlend für die nationale Eigenliebe und schädlich für die Interessen des Landes wäre. Auch dürfte man dem Gegner nicht die Karten aufdecken. Scharf ergeben sich daher überzeugte Befürworter in ihren Reden vor der Öffentlichkeit in großherzigen Uebertreibungen, um die Ehre der französischen Waffen zu retten. Aber dies geschieht nur für das Volk, offiziell und für das Ausland. In camera caritatis spreche man gar nicht davon. Im Vergleich zu den erstklassigen militärischen Hilfsmitteln Deutschlands erscheint die militärische Vorbereitung Frankreichs sehr schwach. Das traurige Bild der Flotte habe er schon in einem früheren Bericht gezeichnet. Wenn auch manches in der Flotte in den zwei letzten Jahren besser geworden sei, so seien doch für die Wiedereubert einer so umfassenden Organisation der Kriegsmarine zwei Jahre viel zu wenig. In der Armee er scheine auf den ersten Blick alles gut zu sein. Aber auch hier gäbe es Mängel, die ihre Kraft und Kampftüchtigkeit beträchtlich vermindern: die antimilitärische Propaganda, Proleten und Kleinrentnerwirtschaft im Offiziersstand. Namentlich aber die antimilitärische Propaganda werde außerordentlich geschickt geführt. Die Ranggriffe der französischen Armee seien den Deutschen in der Artillerie und den Keraplauen. Der Korrespondent bezweifelt dies; wenn Frankreich auch vollkommenere Geschütze hätte, würde dies doch der Spionage Deutschlands nicht unbekannt bleiben. Was aber die Munition betrifft, so sei deren Wert durch die großen bei der Verteilung begangenen Einbußen mehr als zweifelsfrei. Wertwürdig ernt Stimme aber der Glaube an die Flugmaschinen. Aus dem Munde des Kriegsministers D e r t e a u z zu hören, daß diese Flugmaschinen neue Angriffsmittel, neue, wirksame Kampfmittel seien, die Frankreich allein beherriche, wirke lächerlich. Schon die Mächtigkeit des Zielens auf einer solchen Idee, mit einem solchen Frust, ist genügt deutlich die ganz ungenügende Vorbereitung der Franzosen zu einem ersten militärischen Zusammenstoß mit Deutschland. Dazu werde die Gefahr tag-

lich größer, weil die Uebermacht der Zahl auf Seiten Deutschlands immer mehr wachse. Der Korrespondent sieht eine der Hauptursachen dieser Entwidlung in der Erschlaffung der Lebensenergie des französischen Volkes.

Zum italienisch-türkischen Kriege.

Italienische Werbung.
Der Freitag ist vor Tripolis ruhig verlaufen. Die Cholera soll unter den Türken und Arabern Verheerungen anrichten. Auch wird von glaubwürdiger Seite neuerlich das Gerücht weitergegeben, daß wiederum Uneinigkeit zwischen den Türken und Arabern ausgebrochen ist. Zwei Hauptleuten der Araber sind hier eingetroffen und haben genaue und wichtige Mitteilungen über die Organisation des Widerstandes der Stämme, über ihre Streitkräfte, Waffen, Munition, Lebensmittel und über die türkischen Offiziere, die sie führen, gemacht. Sie betätigen, daß die Cholera in den Reihen der regulären Truppen herrscht, und daß die Araber in großer Zahl von den Türken abfallen. Der Sohn des Schura-Bacha, Ibrahim-Bei, der als Offizier bei den Türken diente, ist von ihnen erschossen worden, weil er im Verdacht stand, mit seinem Vater in Beziehungen zu stehen. Es wurde ein Mann verhaftet, bei dem wichtige Papiere, unter anderem auch ein Plan von Tripolis und der Verteidigungslinie, vorgefunden wurden. Die Ausschiffung der Truppen geht weiter vor sich. Ein italienisches Kriegsschiff hat eine Erkundungsfahrt in das Gebiet der Suora gemacht und einige Schrapnells gegen die dort anwesenden türkischen Truppen und Araber abgefeuert. Solche Erkundungsfahrten werden wiederholt werden, um jede Möglichkeit der Kontrebände zu verhindern. Das Gerücht, am Freitag morgen habe ein Bajonetangriff stattgefunden, ist falsch. In Soms ist die Lage unverändert, in Benghazi und Derna alles ruhig.

Die letzten Meldungen.
Sonabend morgen feierten die türkischen Batterien vor Tripolis, die immer noch in gebetter Stellung bei Mesri liegen, einige Granaten ab. Die italienischen Batterien antworteten mit heftigem Feuer.

Freitag abend sind der deutsche Marine-attaché, der österreichisch-ungarische Militärattaché sowie die Marineattachés von Frankreich und Rußland an Bord des Dampfers „Me Vittoria“ abgereist, da sie ihre Mission für beendet betrachten.

Der türkische Großwesir hat angeordnet, daß die türkischen Beamten in Tripolis auf ihren Posten zu bleiben müssen, selbst wenn sie ihre Familien nach Konstantinopel senden.

Die Revolution in China.

Das Heuterische Bureau meldet aus Sanfan vom 2. November über Wu: Die Feuerbrunst, die die Geheißer der Batterien der Kaiserlichen verursacht haben, wurde von heutigem Wunde geschürt und bereitete sich in der Richtung nach Hangang aus, das auch von den Flammen ergriffen wurde. Der Hauptber der Feuerbrunst hat eine Weile Front. Man berichtet, daß die Wesleyanische Mission zerstört ist. In den Gebäuden der Mission gehört auch eine Schule für 50 blinde Anaben, in der jetzt Verbote untergebracht sind. Berichte des Roten Kreuz-Dampfers, die Anstaltsbewohner zu retten, wurden durch das Feuer der Batterien der Aufständischen verhindert, welches das Dach des Dampfers durchdröhrte. Die chinesische Mannschaf ließ ihre Posten im Stich und überließ es den Fremden mit Gewalt, das Schiff weiter zu führen. Es wurde aber bald unmöglich, zu der Mission vorzudringen. Als das Boot umkehrte, fanden die Gebäude zwar noch, die Lage war aber ansehnend gefahrlos.

Am Sonabend morgen fand ein Gefecht an dem Kiangnan-Arsenal in Shanghai statt. Es wurden dabei sechs Mann getötet und zehn verwundet, die meisten durch Dynamit, womit die Aufständischen die Tore sprengten, die die Kaiserlichen verteidigten, um die Flucht des Direktors Zhang zu decken. Die im Arsenal angestellten Fremden verblieben auf ihren Posten.

Deutsches Reich.

* Stapellauf vom Erbs „Cormoran“. Sonabend nachmittag 1 1/2 Uhr fand auf der Werft der Aktiengesellschaft „Weler“ in Gröveling bei Bremen der Stapellauf des geschützten kleinen Kreuzers Erbs „Cormoran“ statt. Zugegen waren als Vertreter des Staatssekretärs des Reichsmarineamts Erbsen Vizeadmiral Kollmann mit Gefolge und als Vertreter der Kaufmann eine Deputation der Stadt Straßburg. Der Oberbürgermeister Gronow kaufte das Schiff auf den Namen „Straßburg“ und brachte darauf ein Hoch auf seine Majestät den Kaiser aus.

* Eine Schiffsverbindungs Hamburg-Danzig-Oberlauf. Wie man uns schreibt, ist von den Industriellen der Oberlauf ein Plan für eine regelmäßige Schiffsverbindungs zwischen Hamburg, Danzig, Stettin, bis nach Neisse auf Grund sachverständiger Gutachten entworfen worden. Die Handelskammer hat diesen Unternehmen auf Grund eingehender Prüfung eine Denkschrift gewidmet, mit der sich demnach die amtlichen Stellen und der preussische Landtag beschäftigen dürfte. Diese Schiffsverbindungs soll erreicht werden, durch eine Schiffbarmachung der Lausitzer Neisse, wodurch ein Schiffsverkehr in großer Form bis nach Schlefien hergestellt werden könnte. Der Plan ist für alle beteiligten Städte und Provinzen von großer Tragweite. Es wäre eine Kanalisierung der Neisse und die Anlage einer Reihe von Schleusen erforderlich, & zu den Reichstagswahlen schreibt die „Neue polif. Korr.“ folgendes: „Man hört vielfach die Behauptung, daß

die bevorstehenden Reichstagswahlen eine Verchiebung nach links bringen werden.“ Gest hat der Sache aber nicht den Grund. In welchen konservativen Momenten für diese Ansicht nicht beibringt, es zeigt sich vielmehr, daß in der Hauptsache der Wunsch der Wähler des Oberlandes ist. Als sicher wird man wohl nur annehmen können, daß die Sozialdemokratie verliert aus der Wahl hervorzuheben wird. Das glänzende Resultat der Wahlen des Jahres 1907, das sie auf die Spitze ihrer Mandate — von 80 auf 40 — reduzierte, wird bei dem Weisheitsdien des Liberalismus wohl kaum aufrechterhalten werden. Aber auf wessen Kosten die mögliche Verfestigung der Sozialdemokratie erfolgen wird, steht sehr dahin. Man überieht vielfach, daß diesmal Konservativen, Zentrum und Freikonservative mit der Front gegen die Sozialdemokratie geschlossen zusammenstehen. Ihnen schließen sich die kleinen Parteien der Wirtschaftsreformer usw. an, und ein wenig auch nur kleiner Teil der Nationalliberalen wird auch heute noch trotz aller Großens schwerlich seine Tradition so vollständig verleugnen, um als Helfershelfer der roten Internationalen aufzutreten. Das Zentrum verliert während 6 Mandate, und in den Reihen der Konservativen herrscht eine Kampfesfreudigkeit, wie nie vordem. Teilnehmend losen hantelnden konservativen Schicksalstages herankommen beiseite über die entgegengesetzte Stimmung und die zahlreiche Anteilnahme aus allen Teilen der Provinz. Unter diesen Umständen ist es durchaus nicht unwahrscheinlich, daß die bisherige Majorität des Reichstags mit geringen Abweichungen in das Parlament zurückkehrt, und daß der Liberalismus die Kosten des Wiederersterkens der Sozialdemokratie zu tragen hat.

* Zu den heftigsten Landtagswahlen. Das Endergebnis der heftigsten Landtagswahlen stellt sich wie folgt: Gemäßt sind vom Zentrum 6, Woburnbund 6, Sozialdemokraten 4, Nationalliberale 3, Fortschrittliche Volkspartei 2. Außerdem sind 12 Stimmwähler erforderlich.

* Der konservative Parteitag für Schlefien und die „Nationalliberale Korrespondenz“. In der „Konserv. Korr.“ lesen wir: Das die von einer frohen und komfomestimmigen Stimmung getragene, hinsichtlich der Zahl und der Regenerierung der Teilnehmer geradezu überwälzende konservative Kundgebung in Breslau den Gegnern arg in den Augen und in die Glieder fahren würde, was zu erwarten und ist wohl auch die nicht unverständliche Wirkung jenes Tages. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ sagt: „Die wir in ihren Ausgaben fränkischer Vereinstätigkeit und in dem traurigen Sandwerk, Tag vor Tag die politischen Gegner zu vernünftigen, aus Gründen des guten Geschmacks nicht gern führen, hat sich sogar schmeimig ein „interessantes Stimmwählerbild“ aus Schlefien schreiben lassen. Darin werden allerhand phantastische Ziffern über die in letzter Zeit von den schlesischen Konservativen und Wählern angeblich aufgetragenen Millionen um angeführt und zugleich die Behauptung folvertiert, daß sie ein händiges Beamte, das zahlreiche Reichstags- und Landtagsabgeordnete, nebst Berliner und sonstigen auswärtigen Rednern täglich landauf und landab für die konservative Sache bemüht sind, während die auf einmal so beschworenen Nationalliberalen sich mit einem einzigen Parteibeamteten für die ganze Provinz Schlefien begnügen. Wir können zu einem solchen „Stimmwählerbild“ nur sagen, daß wir aus vollem Herzen wünschen, es hände lo für unsere Kreise in Schlefien, wollen aber zugleich die Bemerkung nicht unterdrücken, daß nicht neben, sondern vielmehr über einwandig die konservative Beamte nötig sein würden, das Maß von Entstellungen, Verstellungen und Behauptungen zu überlegen, das der beschriebene einzige nationalliberale Beamte täglich landauf und landab zutage fördert! Den Parteitag in Breslau nennt der Stimmwähler der „Nationalliberale Korrespondenz“ einen geschicktesten Heberdanner, die Teilnehmer verächtlich er nennt mit der Behauptung, sie hätten sich durch freie Einbahnfahrt, durch ermäßigte Straßenbahnfahrt und durch die Auskosten auf ein gutes Mittagessen mit Freier luden lassen. — Wie armelig muß es um die schlesischen Gründe der Politiker bestellt sein, die so solchen schlagenden Mitteln greifen müssen, um eine Kundgebung nachträglich zu bekämpfen, die unangenehm genug für sie, von dem begehrtesten Gelübnis Lautend getragen war, in Treue und Opfermut, in Einigkeit und Unermüdlichkeit dem kommenden entgegenzugehen. Da hinst wirklich kein hämliches Verdröhlen, die Stimmung war echt, so etwas läßt sich nicht künstlich erzeugen. Die Zusammenkunft, die in Breslau Herrn v. Seydbrand umhulsten, die Zusammenkunft, die in letzter Zeit an anderen, gleich grochartigen Tagungen ihre Treue und Unschuldigkeit bekundeten, verleben in ihm wirklich ihren Führer, wenn auch irgend ein Strikent der Nationalliberalen Korrespondenz“ andauernd die politische Persönlichkeit des Herrn v. Seydbrand dadurch zu verfeinern sucht, daß er von ihm als einem Führer in Gänseflüchten zu sprechen sich erdreistet.

* Zur Privatbeamtenversicherung. Die Reichstagskommission für die Privatbeamtenversicherung beschloß, die Versicherten in höherem Maße, als es der Entwurf vorsieht, an der Vermaltung der Kaffe zu beteiligen. Schließlich wurde beschlossen, daß die freiwillige Versicherung auch Personen erlaubt wird, die bis zu 10 000 Mark Einkommen haben, sofern die Versicherung im ersten Jahre nach Inkrafttreten des Versicherungsgesetzes aufgenommen wurde. Der Rest des Gesetzes wurde im wesentlichen unverändert angenommen. Die zweite Lesung in der Kommission soll am 9. November beginnen.

* Die Ergänzungsteuer hat in den preussischen Staatshaushaltsetats der letzten beiden Jahre ganz beträchtliche Erhöhungen erfahren. Im Etat für 1910 steigerte sich ihr Betrag gegen das Vorjahr um 10 1/2 Millionen Mark. Sie waren eine Folge der Zuschläge, die im Mantelgesetz von 1909 bekanntlich nicht bloß für die Einkommen, sondern auch für die Ergänzungsteuer vorgelesen sind. Im Etat für 1911 war wieder

um gegen das Vorjahr eine Erhöhung und zwar um 5 1/2 Millionen Mark vorgelesen. Sie tröhte sich auf der Vermählung der Einnahmen infolge der Veranlagung für die neue Periode 1911/13 auf. So ist es gekommen, daß während der Ansat für die Ergänzungsteuer im Etat für 1908 noch 44 Millionen Mark ausmachte, er sich in dem für 1911 auf 60 Millionen Mark stellte und sich somit in zwei Jahren um 16 Millionen Mark oder um nahezu 36 p. h. erhöht hat. Auf Steigerungen im Etat für 1912 wird man nicht rechnen dürfen. Der Zufolg, der im Etat für 1910 die Erhöhung bedingte, stellte eine einmalige übergehende Maßnahme dar; der im Etat für 1911 war bedingte stellte eine Veranlagung dar, die immer an der Stelle erfredet. Unerachtet der Veranlagungssteuer erhöht sich die Einnahme nicht. Folglich wird man aus der Ergänzungsteuer für 1912 keine Einnahmehöherungen, geschweige denn auch nur annähernd solche, wie sie in den beiden letzten Jahren den Etat zugute gekommen sind, zu erwarten haben.

* Neuer Wahlstimmwähler. Sozialdemokratie und Freisinn haben gegen den neuen Stimmwähler aus Breslau, Präsidenten über die Notwendigkeit jodlicher Klärung gegenüber lüngerlichen Angriffen auf die Regierung Opposition zu laugen getrachtet hatten, um ihnen den Wählern einzuflößen, ist jetzt die Mähre der preussischen Wahlrechtsreformer. Auf Grund völlig ungeluglicher und ungläubiger Angaben eines sozialdemokratischen Mattes und neuer Regierungspläne zur Aenderung des preussischen Wahlrechts werden der Regierung Absichten untergehoben und diese Absichten lo zugeteilt, daß den Wählern, die auf die sozialdemokratisch-freimittige See- und Sturm-Propaganda abgerichtet sind, ganz grüßlich zu Mute werden muß. Das Berliner Großblod-organ begnügt sich vor der Hand, das neue Projekt, das vermutlich überhaupt nicht existiert, als „autreudend“ zu bewerten, obwohl es in demselben Aemtegen meint, etwas genaueres darüber dürfe die Öffentlichkeit erst nach den Reichstagswahlen hören. Kräftiger Töne schlägt die Sozialdemokratie an. Sie weiß zwar, daß ihr über die Wahlrechtsreformendungen der Regierung nicht im mindesten etwas Positives, Zutreffendes bekannt ist, das hindert sie aber keineswegs, die lästlichsten, volksfeindlichen Wahlrechtspläne rechtzeitig aufzudecken. Auf der ersten Grundlage groben Schwindels, bemutet Unwahrscheinlichkeit die sozialdemokratische Presse jene abgedroschenen Gemeinplätze aus, die für den Sturm auf das preussische Wahlrecht zumalengelogen worden sind. Das einzige Neue dabei ist die Aufspaltung auf den 12. Januar. Der Reichstagsler ist jetzt nicht mehr bloß „der Beschüßer des Brotucherteraris und der Organisator der Präsektentwahl“, sondern auch „der Staatsmann der Volksvertretung“. Zur Wahllozung: „Wieder mit der Volksausblünderung!“ gestellt die neue: „Nieder mit den Entschreibern der breiten Massen!“ Die Hauptfische ist: mit dem Reichskanzler muß an Wahltag „Praktik geredet werden“; oder „Die Wähler werden nun der Regierung des Lebensmitteldröders und der Wahlentredung bei der Reichstagswahl den nötigen Denkfaktel geben“. Bis zum 12. Januar bleiben für die Wahlbereiter noch 10 Wochen: Wieviel Segensfüllen werden die sozialdemokratisch-freimittigen Segenossen in dieser langen Zeit noch zusammenzwindeln und ihren Wählern einflößen!

* Die Zahlstellen der sozialdemokratischen Gewerkschaften... politische Vereine. Wie mitgeteilt wird, hat das Oberverwaltungsgericht eine bemerkenswerte Entscheidung über die Zahlstellen der sozialdemokratischen Gewerkschaften gefälligt und dabei ausgeprochen, daß es als politische Vereine anzuweisen sind. Die Zahlstelle des sozialdemokratischen Zimmerverbandes wurde von der Polizei aufgehoben, nach § 8 des Vereinsgesetzes die Satzungen des Vereins und die Zusammenlegung des Vorstandes anzuweisen. Der Vorstehende der Zahlstelle klagte im Verwaltungsverfahren beim Oberverwaltungsgericht. Das Oberverwaltungsgericht meinte aber keine Klage ab, indem es ausführt, daß die Zahlstelle eine eigene Verwaltungstätigkeit, einen eigenen Vorstand, Kassierer usw. habe. Außerdem verfügen die Zahlstellen nicht nur über Beiträge für den Gesamtverband, sondern auch über eigene Mittel. Ferner könne jede Zahlstelle sogar Streiks und Auspierungen an sich eigener Machtvollkommenheit anstellen. Da die Zahlstellen des Arbeiter in ihren Beziehungen politische Gegenstände wie Reichstagsaufspaltung, Kolonialpolitik, Steuergefeße, Oimarken-Politik, Konfessionsrecht und anderes behandeln, lo sei es klar, daß es sich nicht nur um Vereine, sondern auch um politische Vereine handle. Die Polizei ist demgemäß berechtigt, die Zahlstelle als politischen Verein anzuweisen und sie nach den Satzungen des Vereinsgesetzes zu behandeln.

Ausland.

* Neue Royalistenunruhen in Portugal. Die Royalisten sich jetzt wieder intensiver betätigen. In verschiedenen Orten an der Grenze sind zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden. In Ovar im Bezirk Aveiro wurde auf Grund einer anonymen Anzeige ein Hausbesitzer verhaftet. Er war beschuldigt worden, den Royalisten Unterschlupf gewährt zu haben. Bei einer Untersuchung, die in seinem Hause vorgenommen wurde, entdeckte man in einem umfangreichen Kellergeföhl unter seinem Namen eine große Menge Briefen neuester Konfession und andere Mutation. Ein Geföhl aus über die Herkunft des Materials hat der Besizer nicht nicht abgeliegt. Im Anschluß an diese Affäre wurden allein in Ovar 50 weitere Verhaftungen vorgenommen.

Vermischtes.

* Neuerungen im Schreibeunterricht. In der Schulverwaltung widmet seit geraumer Zeit der Pflege der Handchrift in den Schulen besondere Aufmerksamkeit, auch an den höheren Lehranstalten, wie schon daraus hervorgeht, daß an allen Schulen bis zum Besetzung des Schreibens die Handchrift gelehrt wird. Man ist aber mit den Ergebnissen der bisherigen Methode nicht mehr zufrieden, und auf Veranlassung des Kultusministeriums soll daher ein neues System des Schreibeunterrichts in Anwendung gebracht werden, wie uns im folgenden berichtet wird: Es läßt sich nicht in Worte fassen, daß die bisher erzielten Ergebnisse nicht befriedigend sind, in man gleich in allgemeinen eine andauernde Verschlechterung der Handchrift feststellen zu müssen. Den Grund dafür will man in der Art unseres Schreibeunterrichts sehen, der ohne Rücksicht auf die persönliche Veranlagung des einzelnen eine gleichmäßige Art der Schriftzüge von allen Schülern verlangt. Da aber in den meisten

Degea Unser bester Glöhkörper
ist nur echt in Originalpackung
mit Aufschrift „Degea“
Überall erhältlich.
Auergesellschaft
Berlin O. 17

Die Aktien in Umlaufvermögen des Zinsfußes... 1. März 1917... 2. März 1917... 3. März 1917...

Berliner Börse, 7. Nov. 1917

Umsatzsumme: 1 Fr. Liv. Lux. Besatz: 20 Pf. - 1. März 1917... 2. März 1917... 3. März 1917...

Main table of stock prices and market data, organized into columns for various sectors like 'Umlaufvermögen', 'Banken', 'Industrie', 'Immobilien', etc.

Erklärungen zum Kurszettel... Von den Obligationen... Von den Aktien... Von den Immobilien...

